

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

**STREIFLICHT
ITALIEN**

**Februar -
Mai 2020**



THEMEN

- + Italien setzt Rückführungen im Rahmen der Dublin-Verordnungen aus**
- + Neue EUNAVFOR MED Mission IRINI**
- + Aktuelle Situation auf dem zentralen Mittelmeer**
- + Malta und illegale Zurückweisungen (push-backs)**
- + Keine sicheren Häfen im zentralen Mittelmeer**
- + Quarantäne-Schiffe vor den Küsten/floating hotspots**
- + COVID19 – die CORONA-Updates von borderline-europe Italien**
- + Legalisierung von Migrant*innen in COVID19-Zeiten**
- + Die Situation von Migrant*innen auf Sizilien – Bericht 2019 nun auch in englischer Sprache**

Italien setzt Rückführungen im Rahmen der Dublin-Verordnungen aus

Durch die Verschärfung der Krise in Italien setzte die Regierung unter anderem auch migrationspolitische Prozesse aus. Genauer ist in [unserem ersten Corona-Italien-Update](#) nachzulesen. Eine dieser Entscheidungen umfasste auch die [Aussetzung aller Rückführungen aus und nach Italien im Rahmen der Dublin-Verordnungen](#). Auch die von Ursula von der Leyen bis Ende März versprochene Reform des Dublin-Abkommens liegt derzeit auf Eis. Über den dazugehörigen Vorschlag der Europäischen Kommission wurde in einer Videokonferenz der Innenminister am 28. April kaum diskutiert.



Foto:Borderline Sicilia

Für Italien ist diese Debatte jedoch besonders wichtig, da durch die Pandemie auch die im Malta-Gipfel vereinbarten Umsiedlungen von Migrant*innen aus Italien in andere EU-Länder ausgesetzt sind. Aufgrund der Distanzierungs- und Quarantäne-Maßnahmen stehen in den italienischen Unterkünften derzeit weniger Kapazitäten zur Verfügung als bisher. Deshalb ist es eine zentrale Forderung Italiens an andere Mitgliedstaaten, Quoten von Migrant*innen in italienischen Zentren aufzunehmen. Doch bisher zeigt sich außer Portugal niemand solidarisch. Ein kurzfristiges Ziel der italienischen Innenministerin Lamorgese ist es zudem, Deutschland zu verpflichten, die 150 Migrant*innen des

deutschen Seenotrettungsschiffes Alan Kurdi aufzunehmen. Falls dies zustande kommt, wäre es das erste Mal, dass ein Land Verantwortung für ein unter seiner Flagge fahrendes Schiff übernimmt.

Im Jahr 2019 wurden von [Deutschland insgesamt 14.175 Überstellungsersuche an Italien](#) gestellt. Davon wurden 2.575 Überführungen durchgeführt.

Neue EUNAVFOR MED Mission Irini

Die EUNAVFOR MED Operation Sophia, die am 22. Juni 2015 begann, wurde zum 31. März 2020 eingestellt. Ihr folgt [IRINI](#) (griech: Frieden), deren Hauptaufgabe es sein wird, das [UN-Waffenembargo gegen Libyen](#) zu überwachen. So sollen im Rahmen der Operation Informationen über illegale Exporte von Rohstoffen, wie beispielsweise Erdöl aus Libyen, aber auch Schleusernetzwerke gesammelt werden. Außerdem soll das capacity-building der libyschen Küstenwache in Strafverfolgungsaufgaben auf See gefördert werden. Befehlshaber der Mission ist der italienische Konteradmiral Fabio Agostini.

Während sich Sophias Hauptaufgaben vom Kampf gegen Menschenhändler hin zur Rettung von Geflüchteten gewandelt hat, soll dies unter Irini vermieden werden. Deshalb patrouillieren die Schiffe der Mission im östlichen Mittelmeer und nicht auf den Haupttrouten von Geflüchteten. Dennoch sollen Menschen in Seenot gerettet werden. Migrant*innen die im Rahmen der Mission an Bord genommen werden, werden nicht nach Italien gebracht, sondern nach Griechenland. Von dort aus sollen sie an andere EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Dies war eine zentrale Forderung des italienischen Außenministers Luigi Di Maio. Eine Begründung dafür war der Kampf Italiens gegen das Coronavirus. Griechenland akzeptiert die Klausel im Gegenzug zu finanzieller und politischer Kompensation.

Am Freitag, den 01. Mai [kam es jedoch bereits zu einer ersten Nichtrettung](#) im Rahmen einer IRINI-Mission. Eine Anfrage der Küstenwache

der offiziell anerkannten libyschen Regierung an ein Schiff der Irini zur Rettung von Migrantenbooten wurde abgelehnt, nachdem das Schiff erklärt hatte, dies falle nicht in ihre Zuständigkeit.

Am 8. Mai kündigte Malta an, sich aus der Mission [zurückzuziehen](#).

Aktuelle Situation auf dem zentralen Mittelmeer

Die Corona-Pandemie hat auch negative Auswirkungen auf die Rettungsmissionen im Mittelmeer. So kam es bereits Ende Februar zu Diskussionen, wie mit geretteten Migrant*innen, die Italien erreichen, umgegangen werden soll. Nachdem die Ocean Viking in drei verschiedenen Einsätzen 274 Migrant*innen gerettet hat, durfte sie am 23. Februar in Pozzallo, Sizilien, anlegen. Sowohl die Migrant*innen als auch die Crew mussten für eine zweiwöchige Quarantäne an Bord bleiben. Die Seawatch3, die in drei Einsätzen 194 Migrant*innen rettete, musste für eine zweiwöchige Quarantäne am Hafen von Messina verbleiben, nachdem sie dort am 27. Februar ankam. Aufgrund dieser besonderen Umstände, die die sowieso schon unerträglichen Bedingungen der privaten Seenotrettung zusätzlich erschwerten, sahen sich viele NGOs gezwungen, ihre Seenotrettungsmissionen vorläufig einzustellen. Das führte dazu, dass im ganzen Monat März keine privaten Rettungsschiffe im zentralen Mittelmeer unterwegs waren.



Foto: Sea Eye

Zeitgleich mit der Eskalation der COVID19-Pandemie verschlechterte sich das Wetter im zentralen Mittelmeer, sodass sich zunächst weniger Migrant*innen als im Vorjahreszeitraum auf den Weg nach Europa machten. Die erste autonome Anlandung des Monats erfolgte am 12. März. In diesem Monat erreichten 241 Personen Italien selbständig per Boot. Alle Ankommenden müssen in eine 14-tägige Quarantäne. Die Zahl Ankünfte stieg im April durch das bessere Wetter wieder an. In diesem Monat erreichten 671 Personen Italien. Im Zeitraum [von Januar bis April 2020 sind 3.465 Migrant*innen](#) an italienischen Küsten angekommen. Im Vorjahreszeitraum waren es 779. Schon Anfang Mai lässt sich jedoch eine deutliche Steigerung feststellen (das belegen auch die internen Ankunftslisten von *borderline-europe*), so sind in den ersten fünf Tagen des Monats 604 Personen, die Migrant*innen in Quarantäne an Bord der Fähre „Rubattino“ miteingeschlossen, angekommen.

Malta und illegale Zurückweisungen (push-backs)

Am 29. April sagte der Regierungsbeamte [Neville Gafà](#) unter Eid aus, dass er den Push-Back von 51 Migrant*innen aus der maltesischen SAR (Seenotrettungszone) nach Libyen auf Anweisung des Büros des Premierministers koordiniert habe. Die maltesische Regierung widerrief diese Aussage zwar, aber damit wurde doch eher bestätigt, was NGOs der maltesischen Regierung seit Wochen vorwerfen. In maltesischen Gewässern ließen sich in den letzten Wochen vermehrt Fälle von massiv verspäteten Rettungseinsätzen und Verstöße gegen das Non-refoulement-Gebot feststellen. Am 08. April wurde das Alarm Phone von einem Boot mit 66 Menschen kontaktiert. Keine der informierten Stellen fühlte sich für diese Menschen verantwortlich. Bei einer erneuten Kontaktaufnahme mit dem Boot am 09. April wurde anhand der GPS-Daten festgestellt, dass es sich in der maltesischen Rettungszone befand. Obwohl die maltesischen Behörden 42

Mal per Telefon und E-Mail über dieses in Seenot geratene Boot informiert wurden und regelmäßig GPS-Positionen vom Alarm Phone erhielten, wurde das Boot etwa 40 Stunden lang im Meer treiben gelassen. Neben dem Versäumnis, Soforthilfe zu leisten und die in Not geratenen Menschen in der maltesischen SAR-Zone zu retten, soll die maltesische Küstenwache das Migrant*innenboot aktiv sabotiert haben. Während sie später argumentierte, dass das Durchtrennen eines Kabels zum Motor des Bootes ein "Standardverfahren" während eines SAR-Einsatzes sei, beweisen die Zeugenaussagen der Menschen in Not sowie der zeitliche Ablauf der Ereignisse, dass dies nicht der Fall war. Einen genauen Ablauf der Ereignisse stellt das [Alarm Phone in einem eigenen Bericht](#) bereit.



Flüchtlingszentrum in Malta, Foto: borderline-europe

Am 15. April kam es zu einem Zwischenfall, bei dem 12 Menschen starben. Ein Boot mit 63 Menschen an Bord kontaktierte am 11.04. das Alarm Phone. 63 Personen waren in der Nacht vom 9. auf den 10. aus Libyen aufgebrochen. Laut einer Frontex-Pressemitteilung fand die Agentur bereits am 10. April drei Schlauchboote in der libyschen SAR und alarmierte daraufhin die italienischen, maltesischen und libyschen Behörden. Nach tagelanger Unklarheit, was mit den Menschen an Bord passiert ist, stellte sich am 15. April heraus, dass sie im Rahmen einer illegalen Zurückweisung (push-back) aus der maltesischen SAR nach Libyen zurückgebracht wurden. Bei der Aufarbeitung der Ereignisse

wurde festgestellt, dass das Cargo-Schiff IVAN das Boot in Seenot am 14. April erreichte, die Menschen aber aufgrund des Wetters nicht retten konnte. Außerdem gab es von Malta keinen Befehl dies zu tun. Aus Verzweiflung sprangen sieben Menschen ins Wasser und ertranken. Am selben Tag erreichten ein Fischerboot und ein zunächst noch unidentifiziertes Schiff die Migrant*innen. Von diesen wurden sie zurück nach Libyen gebracht. Zusätzlich zu den sieben Ertrunkenen starben bereits fünf Menschen an Bord an Dehydrierung. Am 15. April kamen die Migrant*innen in Tripolis, Libyen, an. Der Journalist Nello Scavo veröffentlichte in der Zeitung „[Avenire](#)“ seine Recherche zu dem bis dahin unidentifizierten Schiff und fand anhand von alten Bildern und Aufnahmen heraus, dass es sich dabei um die Mae Yemanja handelt. Seit 2019 fährt sie unter libyscher Flagge, zuvor war sie in Malta registriert. So soll sich die Mae Yemanja am Osterwochenende noch in Maltas Grand Harbour befunden haben, den es am 14. April mit ausgeschaltetem Radar verließ. Am 15. April erreichte es Tripolis. Während der Name des Schiffes auf den Bildern der Ankunft in Libyen verdeckt war, lassen sich Bilder aus dem Jahr 2011 finden, die den Namen deutlich zeigen. Auch hierzu hat das [Alarm Phone einen ausführlichen Bericht](#) erstellt.

Von den 51 Überlebenden, die zum größten Teil aus Eritrea, dem Sudan und Äthiopien stammen, ist die Mehrheit bereits seit Monaten beim [UNHCR offiziell als geflüchtet registriert](#).

Momentan befinden sich 57 Migrant*innen an Bord der Tourist*innen-Fähre Captain Morgan. Sie wurden vom Privatschiff Dar El Salam in der maltesischen Rettungszone gerettet und auf die Fähre gebracht, die etwa 13 Meilen vor Maltas Küste ankert. Außerdem befinden sich [78 Personen auf dem deutschen Handelsschiff „Marina“](#), die in der maltesischen Zone gerettet wurden. Erst am 08. Mai wurde ihnen [Sizilien als sicherer Hafen](#) zugewiesen, der Hafen war bei Redaktionsschluss noch unklar.

Keine sicheren Häfen im zentralen Mittelmeer

Die Corona-Pandemie wurde auch von den Staaten am zentralen Mittelmeer dazu genutzt, [sich ihrer Verantwortung für in Seenot geratene Migrant*innen zu entledigen](#). So erklärte Italien am 07. April seine Häfen als „unsicher“. In einem veröffentlichten Dekret verkündete die italienische Regierung, dass sie im Zeitraum der Krise keine Rettungsschiffe unter fremder Flagge an italienische Häfen anlegen lassen wird. Einen Tag später folgte auch Malta mit einer ähnlichen Erklärung, die an das deutsche Außenministerium versandt wurde. So wird Malta in Zukunft keine von NGOs geretteten Migrant*innen an Land lassen, auch wenn zuvor eine Verteilung zwischen anderen EU-Staaten vereinbart wurde. Am darauffolgenden Tag erklärte auch [Libyen seine Häfen als unsicher](#). Die von der UN-angekannte Regierung verkündete, dass das Land in Zukunft keine Personen, die vor Libyen von der sogenannten libyschen Küstenwache gerettet wurden an Land lassen werde.

Quarantäne-Schiffe vor den Küsten/floating hotspots

Am 30. März stach die Alan Kurdi der deutschen NGO Sea-Eye wieder in See und rettete am 06. April in zwei Operationen 150 Personen. Was folgte war ein 12-tägiges Warten auf einen sicheren Hafen. Da Italien seine Häfen als nicht sicher erklärt hat, konnte die Alan Kurdi dort nicht offiziell anlegen. Auch die Aita Mari der spanischen NGO Salvamento Marítimo begab sich am 13. April spontan auf eine Rettungsmission, weshalb sie weder über die nötige Ausstattung noch eine medizinische Crew verfügte. Mit zunächst 44 Migrant*innen an Bord, von denen nach und nach zehn Personen evakuiert werden mussten, befand sich die Aita Mari auf See, bis sie von italienischen Behörden die Anweisung bekam, sich nach Westsizilien zu begeben.

Da die italienischen und maltesischen Häfen als nicht sichere Häfen gelten, durften beide Schiffe dort nicht offiziell anlegen. Als Lösung zur Umgehung dieser Verordnung gelten nun sogenannte schwimmende Hotspots. Auf Ersuchen der Ministerin für Infrastruktur und Verkehr, Paola De Micheli, unterzeichnete Angelo Borrelli, Leiter des Katastrophenschutzes, am 14. April eine Maßnahme, durch welche autorisiert wurde, die Migrant*innen auf ein anderes Schiff für die Quarantäne zu bringen. Dabei soll das Rote Kreuz die medizinische Versorgung übernehmen. Schlussendlich wurde die Fähre „Raffaele Rubattino“ als Quarantäne-Schiff ausgewählt. Es befand sich eine Seemeile vor dem Hafen von Palermo. Am 17. April wurden die 146 Migrant*innen von der Alan Kurdi auf das Quarantäne-Schiff verlegt. Am 19. April folgten die 34 Personen an Bord der Aita Mari. Insgesamt wurden 222 Corona-Tests bei der Besatzung und den Migrant*innen durchgeführt, die alle negativ ausfielen. Nachdem die Quarantäne der 183 Migrant*innen am 04. Mai endete wurden diese in verschiedene Regionen Italiens verteilt.



Im Hafen von Palermo

Anschließend wurden sowohl die Alan Kurdi als auch die Aita Mari nach Kontrollen der Italienischen Küstenwache angeblich aufgrund technischer Mängel festgesetzt. Doch die Quarantäne-Schiffe, die als innovative Lösung dargestellt werden sollen, sind nicht frei von

Kritik. So merken Gegner dieser floating hotspots an, dass ein Schiff der denkbar schlechteste Ort für eine Eindämmung von Viren zu sein scheint, wie zahlreiche Beispiele von Kreuzfahrtschiffen zeigen. Außerdem gab es diese Idee bereits 2011. Die Region Sizilien hatte bereits im Jahre 2011 schwimmende Abschiebungshaftanstalten (CIE) an sizilianischen Häfen eingerichtet. Von dort aus sollten Migrant*innen abgeschoben werden.

Hotspot Lampedusa

Die Situation im Hospot Contrada Imbriacola auf Lampedusa ist angespannt. Während dieser ursprünglich für 96 Personen ausgelegt ist, befanden sich Anfang Mai 116 Personen dort in Quarantäne. Viele der untergebrachten Migrant*innen haben ihre Quarantäne-Zeit bereits erfüllt und warten darauf, transferiert zu werden. Bewohner*innen kritisieren, dass es nicht genug Essen und Wasser in den Duschen gebe. Außerdem kam es zu Fällen von Selbstverletzungen, mit denen sie auf ihre Situation aufmerksam machen wollen. Alle wurden negativ auf COVID-19 getestet und warten nun darauf, in andere Einrichtungen verteilt zu werden.

Generell ist die Situation auf der Insel von mangelhafter Organisation geprägt. Da ständig neue Migrant*innen ankommen, die nicht in den Hotspot dürfen, [müssen diese die Nacht am Pier unter freiem Himmel verbringen](#), bis die nächste nach Fahrplan verkehrende Fähre ankommt. So auch die am 02. Mai angekommenen 78 Personen. Für 44 Migrant*innen, die einen Tag später eintrafen, wurde eine [Lösung durch den Pfarrer Don Carmelo ermöglicht](#). Er bot den Menschen eine Unterkunft an und kritisiert die Umstände auf der Insel.

[Bürgermeister Salvatore Martello](#) beschloss daraufhin, auf der Molo Favarolo ein Zelt aufstellen zu lassen um die Migrant*innen zu beherbergen, die auf ihre Verlegung warten

Auch die Nacht vom 04. auf den 05. Mai verbrachten 136 Menschen wieder auf [dem Kai des Molo Favarolo](#), darunter fünf Kinder.

Am 06. Mai erreichten weitere 156 Personen in einem Boot die Insel.

Da die Infrastruktur der Insel mit den täglich eintreffenden Booten überfordert ist, wurde von den Bürgermeistern Siziliens, mit Unterstützung des Gouverneurs Nello Musumeci, gefordert, ein eigenes Schiff zwischen Lampedusa und Pozzallo einzurichten, welches die Migrant*innen transferieren kann, da der Transport mit den regulären Fähren zu risikobehaftet sei. Außerdem wird ein [Quarantäne-Schiff zwischen Lampedusa und Pozzallo](#) eingerichtet.

COVID19 – die CORONA-Updates von borderline-europe Italien

Auf unserer Webseite veröffentlichen wir in regelmäßigen Abständen Updates über die Situation in Italien in Zeiten der Pandemie. Darin enthalten sind auch Informationen über Sizilien.

[Corona Update Teil 1](#)

[Corona Update Teil 2](#)

[Corona Update Teil 3](#)

Legalisierung von Migrant*innen in COVID19-Zeiten

Da durch die Krise zahlreiche Erntehelfer aus Rumänien und Bulgarien fehlen, erwägt die Italienische Regierung, Tausenden von Migrant*innen, die sich ohne Papiere im Land aufhalten, [eine Arbeitserlaubnis zu erteilen](#). Somit sollen die Ernteerträge gerettet werden. Laut Landwirtschaftsministerin Bellanova fehlen bis zu 350 000 Arbeitskräften in der Landwirtschaft. In Italien leben schätzungsweise 600 000 Migrant*innen ohne legale Aufenthaltstitel. Viele von ihnen arbeiten auf Tomatenfeldern, Zitrus- und anderen Früchteplantagen im Süden des Landes unter

unmenschlichen Bedingungen. Die meisten von ihnen sind Geflüchtete aus Afrika. Etwa 200 000 sind als Dienst- und Kindermädchen oder Altenpflegerinnen in Familien angestellt und arbeiten mehrheitlich ohne offizielle Verträge. Sie kommen zumeist aus Asien. Neben dem Schutz vor Ernteaussfällen, gibt es noch einen weiteren Grund der für die Legalisierung spricht. In der Gesundheitskrise kann es sich Italien nicht erlauben, zahlreiche „unsichtbare“ Menschen zu haben, die keinen legalen Zugang zum Gesundheitssystem haben und auch aus Angst vor Ausweisung dieses sowieso nicht in Anspruch nehmen wollen. Damit soll auch vermieden werden, dass die Barackensiedlungen, in denen die meisten Erntehelfer leben, [zu neuen Ausbreitungsherden des Virus werden](#). Außerdem wird von Befürwortern der Initiative angeführt, dass durch diese Legalisierung auch der organisierten Kriminalität etwas entgegengehalten wird und reguläre Beschäftigungsverhältnisse mehr Steuereinnahmen für den Staat bedeuten.

Der im Moment [auf dem Tisch liegende Vorschlag](#): Erntehelfer*innen, deren Arbeitsvertrag abgelaufen ist, sollen eine dreimonatige Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Ebenso gilt für Pfleger*innen/ Haushaltshilfen. Bau-, Tourismus-, Logistik- und Produktionsarbeiter*innen sind von diesem Vorschlag zunächst ausgeschlossen. Der Agrarministerin Bellanova und dem Minister für den Süden (Italiens, dem Agrarland) Provenzano genügt dies nicht, sie fordern eine sechsmonatige Verlängerung. Doch dann müssen auch die Arbeitgeber mitspielen und Verträge verlängern. Diese Regelung betrifft letztendlich nur Menschen, die schon länger in Italien leben. Die rechtsgerichtete Lega und die Fünf-Sterne-Bewegung sind gegen eine Legalisierung, die Demokraten mit Italia Viva dafür.

Die Situation von Migrant*innen auf Sizilien – Bericht 2019 nun auch in englischer Sprache

Der [Sizilienbericht von borderline-europe](#) vom Januar 2019 über Situation von Migrant*innen auf der Mittelmeerinsel wurde durch unsere freiwillige Übersetzerin Francesca Cavallo im April 2020 ins Englische übersetzt. Wir bitten zu entschuldigen, dass uns ein inhaltliches Update derzeit nicht möglich war.

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de